

Microsoft Forms

Für welche Partei stehen die Antworten?

Bitte lassen Sie uns zwecks Zuordnung wissen, für welche Partei Sie die Fragen beantworten

1. Ihre Partei

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2. Wer hat den Fragebogen ausgefüllt (Name, Amt/Position)

Lisett Stuppy, MdL - Sprecherin für Familie, Frauen, Ländliche Räume, Ernährung, Handwerk und Verbraucherschutz

Allgemeines Verständnis und Parteiprogramm

Wir wollen von Ihnen wissen, welchen Stellenwert Gleichstellung und Frauenrechte bei Ihnen haben, und welche Vorhaben Sie grundsätzlich gegen Misogynie und Diskriminierung haben.

3. Wie definiert Ihre Partei „Gleichstellung der Geschlechter“ und wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf in der Landespolitik, um diese Gleichstellung nicht nur rechtlich, sondern auch de facto (z. B. im Alltag, in Politik, Verwaltung, Bildung, Arbeit) zu erreichen?

Wir GRÜNE sind eine feministische Partei und betrachten Gleichstellung als Querschnittsaufgabe von Politik und Wirtschaft. Wir sehen besonderen Handlungsbedarf beim Abbau des Gender Pay Gaps, bei der gerechteren Verteilung von Care-Arbeit, beim Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und der Umsetzung der Istanbul-Konvention, ebenso wie bei der Bekämpfung antifeministischer und queerfeindlicher Tendenzen. Als Arbeitgeber*innen gehen wir mit gutem Beispiel voran und sorgen für gute Bedingungen für Frauen und setzen den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit konsequent um. Durch diverse Mentoring-Programme, Maßnahmen wie Führen in Teilzeit sowie den Unternehmerinnenpreis sorgen wir für mehr Sichtbarkeit von Frauen in Führungspositionen und setzen uns darüber hinaus für Verbesserungen im Entgelttransparenzgesetz, die Abschaffung des Ehegattensplittings sowie eine geschlechtergerechte Reform des Elterngelds ein.

4. Frauen stellen 50% der Bevölkerung und sind dennoch nicht entsprechend in Kommunalpolitik oder im Landtag vertreten. Ein echtes Paritätsgesetz könnte dieses Problem lösen. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Frauen und andere marginalisierte Geschlechter in politischen Gremien, Landesbehörden und Kommunalpolitik angemessen vertreten sind und auch selbst aktiv werden?

Wir GRÜNE haben seit unserer Gründung verbindliche Frauenquoten und setzen uns weiterhin für deutlich mehr Frauen und andere marginalisierte Geschlechter in Parlamenten, kommunalen Vertretungen und der Verwaltung ein. Wir wollen Programme wie „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“ fortführen und weiterentwickeln und die Position der Gleichstellungsbeauftragten in der Gemeindeordnung stärken, damit sie mehr Durchsetzungskraft in Politik und Verwaltung erhalten. Auch für ein Paritätsgesetz setzen wir uns schon lange ein, jedoch fehlten uns hierzu zur Umsetzung bislang die notwendigen Mehrheiten.

5. Wie werden Sie Mädchen- und Frauenorganisationen in RLP ideell, aber auch finanziell berücksichtigen und aktiv in frauenpolitische Themen und Fragen mit einbeziehen?

Wir GRÜNE wollen Frauenhäuser, Frauennotrufe, Interventionsstellen, Second-Stage-Wohnungen und weitere Frauenunterstützungseinrichtungen im Land weiter ausbauen und langfristig absichern. Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Gewalthilfegesetzes ein, das ab 2032 einen individuellen Rechtsanspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung garantiert, und berücksichtigen dabei besonders vulnerable Gruppen wie wohnungslose, geflüchtete, trans Frauen oder Frauen mit Behinderung.

6. Für die Gleichstellung der Geschlechter einzutreten, ist in Rheinland-Pfalz auch kommunale Pflichtaufgabe. Danach muss es in allen zwölf kreisfreien Städten und den 24 Landkreisen hauptamtlich besetzte Gleichstellungsstellen oder Frauenbüros geben. Alle anderen Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind verpflichtet, die Gleichstellung zu fördern und wenigstens ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte benennen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gleichstellungsstellen und

Frauenbüros zur hauptamtlichen Pflicht für alle Städte und Kommunen werden?

Gleichstellungsbeauftragte sind für uns zentrale Expertinnen, um Gleichstellung vor Ort konkret voranzubringen, und wir treten Angriffen auf ihre Arbeit entschieden entgegen. Wir werden uns dafür einsetzen, die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten in der Gemeindeordnung weiter zu stärken und ihre Ressourcen zu sichern.

Arbeits- und Berufsleben

Fehlende Gleichstellung macht sich besonders in der unfairen Aufteilung von Care Arbeit oder Gender Pay Gap bemerkbar. Frauen arbeiten zudem häufiger im Niedriglohnsektor und in Teilzeit/Minijobs, da sie zusätzlich unbezahlte Sorgearbeit leisten und sind somit auch armutsgefährdeter.

7. Wie will Ihre Partei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Rheinland-Pfalz verbessern?

Wir GRÜNE wollen eine flexible Vollzeit von 30–40 Wochenstunden, die bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt ermöglicht, sowie Modelle wie die Vier-Tage-Woche fördern. Wir setzen uns für eine Reform des Elterngelds, längere und attraktive Elternzeiten auch für Väter, einen gesetzlichen Anspruch auf Pflegezeit und ein Arbeitsrecht ein, das unterschiedlichen Lebensphasen gerecht wird.

Wir wollen die Landesverwaltung selbst familienfreundlicher machen, etwa durch mehr 75-Prozent-Stellen und Führungspositionen in Teilzeit. Kita-Gebühren wollen wir auch für unter Zweijährige vollständig abschaffen, gute und verlässliche Ganztagsangebote ausbauen und Familienzentren stärken, damit insbesondere Frauen ihre Arbeitszeiten eigenständig erhöhen können.

8. Welche Schritte unternimmt Ihre Partei gegen den Gender Pay Gap, bzw. für faire Entlohnung und Gleichstellung am Arbeitsplatz?

Wir GRÜNE wollen ein landesweites Programm „Entgeltgleichheit jetzt!“ auflegen, das Unternehmen unterstützt, Gehaltsanalysen durchzuführen und Lohnlücken zu schließen, inklusive Beratungs- und Audit-Angeboten nach Vorbild von Logib-D.

Wir planen die Auszeichnung „Fair Pay RLP“ für Unternehmen mit nachweislich gerechter Entgeltstruktur, um faire Arbeitgeber*innen sichtbar zu machen.

Wir wollen das Ehegattensplitting auf Bundesebene durch ein gerechtes, individuelles Steuermodell ersetzen, weil es Frauen strukturell benachteiligt und traditionelle Rollenmodelle festigt.

Wir setzen auf Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen, um gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu fördern, wovon Frauen in vielen Branchen überdurchschnittlich profitieren.

9. Plant Ihre Partei Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, sowohl im öffentlichen Dienst als auch in Wirtschaft und Wissenschaft?

Wir GRÜNE wollen den Anteil von Frauen in Führungspositionen in Verwaltung, Polizei und Justiz erhöhen, unter anderem durch Führen in Teilzeit, flexible Arbeitszeitmodelle und gezielte Förderangebote. Wir fordern mehr feste Stellen, planbare Karrierewege und bessere Strukturen in Hochschulen und Forschung, damit Frauen auf allen Karrierestufen sichtbar und gleich repräsentiert sind.

Bildung, Erziehung und Genderbewusstsein

Schule ist bekanntlich Ländersache. Dennoch gibt es keine einheitlichen Vorgaben bezüglich sexueller Bildung, Diversitäts- Sozial und Genderkompetenz, um auch früh bereits Stereotypen entgegen zu wirken.

10. Welche Konzepte hat Ihre Partei, um in KiTa, Schule und Ausbildung Kompetenzen zum Umgang mit vielfältigen Lebensformen, Konfliktlösung, Gendergerechtigkeit und Gewaltprävention zu fördern?

Wir GRÜNE wollen politische Bildung, Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, soziales Lernen und Zivilcourage vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung stärken. Wir setzen auf eine Sexualaufklärung, die Selbstbestimmung statt Klischees von Beginn an in den Mittelpunkt stellt, und wollen das Projekt SCHLAU, inklusive queersensible Aufklärungsangebote, weiter ausbauen.

Wir wollen, dass Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt bis spätestens 2029 in allen Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten, verpflichtend sind, und stärken dazu unsere Kinderschutzdienste und pädagogischen Fachkräfte vor Ort.

11. Wie will Ihre Partei Diskriminierung bzw. Stereotype in Bildung, Erziehung und Ausbildung abbauen?

Wir GRÜNE wollen inklusive, jahrgangsübergreifende Lerngruppen und multiprofessionelle Teams, damit Kinder mit unterschiedlichen Hintergründen und Bedürfnissen gemeinsam lernen und sich nicht in Schubladen wiederfinden.

Wir setzen auf entschlackte Lehrpläne mit Raum für Demokratiebildung, soziales Lernen und Reflexion, um starre Leistungsbilder und Rollenklischees aufzubrechen und Selbstwirksamkeit zu stärken.

Wir werden Berufsorientierung ausdrücklich gendersensibel gestalten, z. B. durch Programme, die Mädchen für MINT-Berufe und Jungen für Care-Berufe gewinnen, und entsprechende Projekte vorrangig fördern.

Gesundheit & Soziales

Frauen leider unter dem mangelnden Zugang, mangelnder körperlicher Autonomie und existierendem Gender Health Gap in Forschung und Versorgung. Zusätzlich sind Frauen besonders armutsgefährdet.

12. Inwiefern berücksichtigt Ihre Partei geschlechtsspezifische gesundheitliche Bedürfnisse im Land? Gibt es konkrete Pläne, z. B. für frauenspezifische Prävention, psychische Gesundheit, Schwangerschaft, Familienplanung etc.?

Wir GRÜNE wollen Frauengesundheit gezielt stärken, indem wir Forschung zu gendersensibler Medizin fördern und den Wissenstransfer in die Versorgungsstrukturen verbessern. Wir wollen den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sicherstellen, Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche rechtmäßig stellen und mittelfristig die Abschaffung des § 218 Strafgesetzbuch erreichen, damit reproduktive Rechte in den Mittelpunkt rücken.

Außerdem setzen wir uns für freien Zugang zu Periodenartikeln und flächendeckend kostenfreie Verhütungsmittel ein sowie für einen Ausbau der psychosozialen Versorgung, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene.

13. Das Land fördert in Rheinland-Pfalz Hebammenzentralen und hebammengeleitete Kreißsäle, um dem Hebammenmangel entgegenzuwirken. Trotz Geburtenrückgang wird mit einer weiteren Verschärfung des Hebammenmangels gerechnet, da die neue Abrechnungsverordnung (Hebammenhilfegesetz) für viele Hebammen den Beruf nicht mehr ausübungswert ist. Werden Sie die Förderung der Hebammenzentralen und der hebammengeleiteten Kreißsäle durch das Land fortsetzen oder ausbauen?

Wir GRÜNE wollen alle notwendigen Geburtskliniken erhalten und die Geburtshilfe durch bessere Strukturen vor Ort sichern. Wir haben Hebammenzentralen und hebammengeleitete Kreißsäle bereits aufgebaut und wollen diese in weiteren Regionen fördern, einschließlich einer flächendeckenden, pauschalen Niederlassungsförderung insbesondere in strukturschwachen Regionen.

Wir setzen uns für faire Bezahlung und gute Rahmenbedingungen für Hebammen sowie eine 1:1-Betreuung bei der Geburt ein.

14. Wird sich Ihre Partei für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und für die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die Regelgesundheitsversorgung einsetzen?

Wir GRÜNE machen uns für bessere Zugänge zu Schwangerschaftsabbrüchen stark und wollen, dass Abbrüche bis zur 12. Woche rechtmäßig und Teil einer guten, wohnortnahen Gesundheitsversorgung werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des Strafgesetzbuches gesetzlich geregelt werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Schwangerschaftsabbrüche selbstverständlicher Teil der medizinischen Ausbildung werden, um ausreichend qualifizierte Fachkräfte im ganzen Land zu haben.

15. Es ist Aufgabe der Länder, eine ausreichende, wohnortnahe Versorgung mit Angeboten für Schwangerschaftsabbrüche sicherzustellen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen um die aktuell schlechte medizinische Versorgungslage für Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz zu verbessern?

Zur Verbesserung der Versorgungslage wollen wir regionale Gesundheitsplanung und Gesundheitskonferenzen etablieren, in denen auch das Angebot an Schwangerschaftsabbrüchen systematisch betrachtet und verbessert wird.

16. Was sind ihre konkreten Vorhaben, um Frauen in ländlichen Gegenden Zugang zu Hilfsangeboten, medizinischer Versorgung, Bildung und Teilhabe zu ermöglichen?

Wir GRÜNE wollen im ländlichen Raum Dorfbüros, Co-Working, gute digitale Infrastruktur, verlässliche Kinderbetreuung, Bürgerbusse und mobile medizinische Angebote stärken, damit Frauen wohnortnah Zugang zu Versorgung, Arbeit und Bildung haben. Wir wollen Gesundheitskioske, Community Health

Nurses, mobile ärztliche Praxen und Bürgerbusse ausbauen, um insbesondere im ländlichen Raum Zugänge zu Arztpraxen und Beratungsstellen zu sichern.

17. Welche Pläne haben Sie, um eine flächendeckend barrierefreie gynäkologische Versorgung für Frauen mit Behinderungen zu gewährleisten?

Wir GRÜNE wollen die Barrierefreiheit im Gesundheitswesen verbessern und starten ein Förderprogramm für barrierefreie Arzt- und Therapiepraxen, inklusive gynäkologischer Angebote. Wir bauen Medizinische Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen (MZE) aus und vernetzen sie mit regionalen Angeboten, um spezialisierte, barrierefreie Versorgung zu gewährleisten.

Diskriminierung, Vielfalt & Intersektionalität

18. Erkennt Ihre Partei an, dass Geschlecht allein nicht reicht – also z. B. Einfluss von Herkunft, sexueller Identität, Behinderung, Alter etc.? Welche Maßnahmen plant sie, um Intersektionalität zu adressieren insbesondere in Bezug auf soziale Ungleichheiten, die Frauen oft stärker betreffen (z. B. Alleinerziehende, Altersarmut, Pflegearbeit, Abbau von Sprachbarrieren)?

Wir GRÜNE sehen, dass Geschlecht allein nicht ausreicht, um Ungleichheiten zu verstehen; deshalb verbinden wir Gleichstellungspolitik mit Antidiskriminierung, Inklusion, Integrationspolitik und Armutsbekämpfung. Dementsprechend werden wir dafür sorgen, dass das neue Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt mit Leben gefüllt wird und die Landesaktionspläne gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen fortgeschrieben werden.

Wir wollen Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Menschen mit Behinderung, queere Menschen, Personen mit Migrationsgeschichte und von Armut bedrohte Gruppen stärker in den Blick nehmen, etwa durch Schuldenberatung, Sozialpässe, Sozialtickets und Programme gegen Einsamkeit.

19. Was wollen Sie gezielt tun, um besonders queeren Frauen (trans*Frauen, Lesben) Schutz und Gleichstellung zukommen zu lassen?

Wir GRÜNE wollen den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ fortschreiben, queere Zentren in allen Oberzentren fördern und Beratungsangebote für queere Menschen – einschließlich queerer Frauen – ausbauen.

Wir wollen Sexualkundeunterricht und Fortbildungsangebote zur Familienvielfalt modernisieren, damit lesbische, bi+, trans und inter Frauen sichtbar werden und Kindern vielfältige Familienbilder vermittelt werden. Wir wollen spezialisierte Ansprechstellen bei Polizei und Justiz für queere Menschen stärken und queerfeindliche Gewalt konsequent erfassen und verfolgen. Wir werden in Gewaltschutzkonzepten und Frauenhäusern explizit queere Frauen mitdenken, inklusive trans*Frauen, und Standards entwickeln, wie ihre spezifischen Schutzbedürfnisse berücksichtigt werden.

20. Diese Intersektionalität wird auch besonders in der Istanbul-Konvention betrachtet. Wie werden Sie sicherstellen, dass der Auftrag der Umsetzung der Istanbulkonvention sich ebenfalls in adressatengerechten Präventions- und Schutzkonzepten wiederfindet?

Wir GRÜNE wollen die Istanbul-Konvention in Rheinland-Pfalz vollständig umsetzen und Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt mit einer umfassenden Gewaltschutzstrategie bekämpfen. Wir setzen auf Ausbau und Stärkung von Frauenhäusern, Second-Stage-Wohnungen, Frauennotrufen, Interventionsstellen und die konsequente Umsetzung des Gewalthilfegesetzes mit individuellem Rechtsanspruch ab 2032.

Wir wollen Gewaltschutz auch im Familienrecht stärker verankern, um Frauen und Kinder besser vor häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt zu schützen. Wir werden Präventions- und Schutzkonzepte zielgruppenspezifisch ausarbeiten, z. B. für geflüchtete Frauen, Frauen mit Behinderung, queere Frauen, wohnungslose Frauen und Frauen in Prostitution, und diese mit klaren Qualitätskriterien und Monitoring verknüpfen.

21. Welche gezielten Maßnahmen planen Sie, um den Gewaltschutz in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und in besonderen Wohnformen zu stärken (z. B. durch konkretere gesetzliche Rahmenbedingungen für Frauenbeauftragte in besonderen Wohnformen?)

Wir GRÜNE wollen, dass Inklusions- und Gewaltschutzpolitik zusammen gedacht werden, und stärken

unabhängige Besuchskommissionen und Selbstvertretungsstrukturen von Menschen mit Behinderung. Wir wollen die Beschäftigungsbedingungen in Werkstätten verbessern und personenzentrierte Alternativen ausbauen, damit Abhängigkeiten reduziert werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, gesetzliche Mindeststandards und zusätzliche Ressourcen für Frauenbeauftragte in Werkstätten und besonderen Wohnformen festzuschreiben, verbindliche Gewaltschutzkonzepte – einschließlich Beschwerdestrukturen, unabhängiger Beratung und Schulungen – vorzuschreiben und dies im Rahmen des Landesaktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sowie der Istanbul-Konvention zu verankern.

Gewaltschutz

22. Wie stellen Sie und Ihre Partei sich den Bestand und Ausbau der Fach- und Beratungsstellen zum Thema sexualisierte Gewalt und der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung vor? Inwiefern werden dabei berücksichtigt: ländlicher Raum, Abbau von Barrieren, TIN*-Personen und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus?

Wir GRÜNE setzen den „Pakt gegen sexualisierte Gewalt“ konsequent um und wollen, dass bis spätestens 2029 überall, wo mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet wird, verbindliche Schutzkonzepte bestehen. Wir wollen die Opfer- und Entschädigungsberatung ausbauen, die Nummer gegen Kummer weiter finanzieren und die psychosoziale Versorgung, auch für Opfer von Hasskriminalität, stärken. Wir unterstützen die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung nach dem Gewalthilfegesetz und wollen Frauenhäuser, Notrufe, Interventionsstellen und spezialisierte Fachberatungen weiter ausbauen, auch im ländlichen Raum und barrierefrei. Wir werden gezielt Beratungsangebote für TIN*-Personen und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus fördern, z. B. durch mehrsprachige, anonyme und niedrigschwellige Beratungsstellen sowie mobile und digitale Angebote.

23. Wie stehen Sie zu einer Gesetzesänderung bei Vergewaltigungen von „Nein heißt Nein“ zu „Nur ja! Heißt Ja!“? Wie stehen Sie zu dem Leitfaden Sorge- und Umgangsrecht

Wir GRÜNE unterstützen eine Weiterentwicklung des Sexualstrafrechts hin zu einem „Nur ja heißt ja“-Prinzip, das die Einwilligung in den Mittelpunkt stellt und Betroffene besser schützt, im Einklang mit der Istanbul-Konvention. Beim Sorge- und Umgangsrecht wollen wir Leitlinien, die den Schutz von Kindern und gewaltbetroffenen Elternteilen über Kontaktwünsche des gewaltausübenden Elternteils stellen, die Kooperation mit Fachberatungsstellen stärken und Gerichte besser zu geschlechtsspezifischer Gewalt und Dynamiken von Missbrauch schulen.

24. Insbesondere sexualisierte Gewalt hat häufig weitreichende und oft finanzielle Folgen für Betroffene. Die Taten werden meist nicht verurteilt, wodurch beispielsweise das SER nur schwer anwendbar ist. Der Fonds sexueller Missbrauch wurde zusätzlich eingestellt. Welche niedrigschwellige finanzielle Unterstützung planen Sie für Betroffene von sexualisierter Gewalt (bzw. juristische Kosten, Therapiekosten, Umzüge etc.)?

Wir GRÜNE wollen die Opfer- und Entschädigungsberatung und psychosoziale Hilfen für Betroffene sexualisierter Gewalt ausbauen und die Umsetzung von Leistungsansprüchen verbessern.